

Pressemitteilung vom 18.3.2020:

Zu den Auswirkungen der Pandemie auf die Lage der Mietenden und Wohnungslosen und zu kommenden Aktionen:

PM zu den Auswirkungen der Pandemie auf die Lage der Mietenden und Wohnungslosen und zu kommenden Aktionen:

Das Bündnis gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn sagt die Demo unter dem Motto "Wohnen für Menschen statt Profite" ab, um die Ausbreitung des COVID-19 Virus nicht weiter zu fördern. Gerade jetzt wird deutlich, dass ein Recht auf Wohnen lebensnotwendig ist.

Deshalb sehen wir uns dazu gezwungen am 20.3. eine Aktion vor dem Roten Rathaus zu veranstalten. Mit themenbezogenen Atemschutz ist zu rechnen.

Die Pressekonferenz zur Demo findet wie geplant am 23.3. um 11 Uhr statt, bei gutem Wetter auf dem Hohenstaufenplatz neben dem Movimento Kino.

Jetzt schon kommt es zu Einkommenseinbußen von Selbständigen, Scheinselbständigen und prekär Beschäftigten. Wer keine Arbeitsrechte hat, wird in dieser Zeit auch sehr viel weniger Einnahmen haben. Menschen mit Hartz IV und ganz besonders Menschen auf der Straße sind aufgrund ihrer sowieso schon schlechten Lebenslage besonders gefährdet. Familien von Berufstätigen mit Kindern werden vor große Probleme gestellt.

Wir fordern eine Pandemiepolitik, die die bereits existierenden sozialen Verwerfungen nicht noch weiter treibt.

- Abschaffung von Zwangsräumungen und ein Verbot von Strom- Gas- und Wassersperrungen
- ein Moratorium für Mieten und Hypothekenzahlungen, damit Menschen in ihren Wohnungen bleiben können.
- Auflösung von Sammelunterkünften, Beschlagnahme von Leerstand und Freienwohnungen, um jedem Menschen ein Obdach und somit gesundheitliche Sicherheit zu geben

- einen Solidarfonds für Kleingewerbe, Selbständige Kultureinrichtungen, um Insolvenzen zu vermeiden
- keine Unterstützung der Immobilienwirtschaft. Sie trägt nicht zum Gemeinwohl bei und gefährdet mit ihrer profitorientierten Mietsteigerung die Gesundheit der Mietenden.

Die Unterstützung des Finanzmarktes von EZB, Fed und einzelnen Staaten wird auch Immobilienkonzernen zu Gute kommen, die bisher maßgeblich an der Verdrängung von Mietenden beteiligt waren. Das heißt: Viel neue Finanzmacht für Verdrängung.

„Nur die Mietforderungen der Immobilieneigentümer werden nicht zurückgehen und somit Millionen von Menschen in Relation zu ihrem sinkenden Einkommen noch mehr ausbeuten. Sie dürfen sie weiter aus ihren Wohnungen vertreiben, bis hin zu Zwangsräumung, die gegenwärtig auch größere Gefahr der Infektion mit Corona zur Folge hat.“ So Kim Meyer vom Bündnis gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn.

Termine:

20.3. 14:30 Rotes Rathaus:

Aktion „Das Recht auf Wohnen ist lebensnotwendig“

23.3. 11:00 Hohenstaufenplatz (Kreuzberg):

Pressekonferenz Bündnis gegen Verdrängung

und Mietenwahnsinn

Wir bitten um das Tragen von Atemschutz und um hygienischen Mikrofonschutz

Bündnis gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn

<http://mietenwahnsinn.info>

Kontakt: Kim Meyer, Bündnis gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn

+49-151-75202077

presse@mietenwahnsinn.info